

Universitätsbibliothek Wuppertal

Ökonomie der Zeit als alternative ökonomische Theorie einer freien Gesellschaft

Seifert, Eberhard K.

Wuppertal, 1982

3. Von der Verdrehung des "Association"-Gedankens in
Staatssozialistischen Zentralismus, dessen Hilflosigkeit gegenüber den
"Unmöglichkeits"-Beweisen des Sozialismus und der schliessliche Verlust
der ...

Nutzungsrichtlinien Das dem PDF-Dokument zugrunde liegende Digitalisat kann unter Beachtung des Lizenz-/Rechtehinweises genutzt werden. Informationen zum Lizenz-/Rechtehinweis finden Sie in der Titelaufnahme unter dem untenstehenden URN.

Bei Nutzung des Digitalisats bitten wir um eine vollständige Quellenangabe, inklusive Nennung der Universitätsbibliothek Wuppertal als Quelle sowie einer Angabe des URN.

[urn:nbn:de:hbz:468-1-2132](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:hbz:468-1-2132)

3. Von der Verdrehung des 'Associations'-Gedankens in Staatssozialistischen Zentralismus, dessen Hilflosigkeit gegenüber den 'Unmöglichkeits'-Beweisen des Sozialismus und der schliessliche Verlust der Frage in den 'welfare-economics'

Was mit der Zusammenstellung und kommentierenden Verbindung einschlägiger Sätze von Marx, den Rätekommunisten und Paul Mattick als geschichtliche Kontinuität im Gedanken der Zeitökonomie erscheint, war in Wirklichkeit nicht so. Vielmehr, dies sollte bei jeder Debatte um diesen Gedanken berücksichtigt werden, ist seine Geschichte vielmehr die eines immer wieder der Vergessenheit anheimfallenden Charakters, wofür es natürlich auch - neben der Möglichkeit der grundsätzlichen Unfruchtbarkeit selber - Gründe, aufweisbare und einsehbare, wenngleich nicht etwa damit schon auch berechtigte Gründe gab. Gründe, die auch die meisten Marxisten diesen Entwurf - sofern sie ihn überhaupt kannten - so behandeln ließen, wie man in bürgerlichen Kreisen früher uneheliche Kinder behandelte: zwar konnte man die Vaterschaft nicht ungeschehen machen, aber man redete nicht darüber.

Dazu ist etwas auszuholen - und zwar zunächst in Richtung dessen, was der Kürze wegen als Problem des Nachlasses von Marx bezeichnet wird und bei der (nun immerhin) unterdessen 120-jährigen Rezeptiongeschichte (seit der 1. Auflage des Kapital) durchaus als nicht unwichtig in Erinnerung zu rufen ist.

Der Trouble um diesen "Bastard" des unehelichen Kindes ging schon noch zu Marxens Lebzeiten los: anlässlich des berühmterbüchtigten Gothaer Einigungskongresses im Mai 1875 und des dort verabschiedeten Programms fühlten sich Marx und Engels von Liebknechts faktischer Nicht-Einladung schwer hintergangen. Hierfür hatte Marx 4 Jahre nach seiner 'Commune-Schrift' und der 'endlich gntdeckten Form, unter der sich die Befreiung der Arbeit sich vollziehen konnte', eine Kritik dieses Gothaer Programms geschrieben, die für den Kongreß zu spät kam; sie wurde zwar noch an einige Beteiligte versandt, publiziert jedoch erst nach Marxens Tod (1883) im Jahre 1891 in "Die Neue Zeit" - gegen den Widerstand der sozialdemokratischen Führung und erst aufgrund Engels Drohung, sie sonst woanders zu veröffentlichen. 16 Jahre also nach ihrer Abfassung und 4 Jahre vor Engels Tod.

"Jahrelang" - so schrieben die Holländer später 1930² - hörte man nichts mehr davon, bis 1920, 1922 und jetzt 1928 neue Ausgaben stattfanden". Ihnen selbst standen diese "Randglossen" erst nach Abschluß der 'Grundprinzipien' zur Verfügung und sie fanden, daß sie sich so vollkommen mit der hier gegebenen Darstellung (deckten, d.V.), daß unsere Arbeit gewissermaßen nur als die zeitgemäße Ausarbeitung der Marx'schen Auffassung erscheint." (S. 135)

An diese, sowie verwandte - andere Arbeiten von Marx betreffende - Tatsachen müssen wir uns schlicht erinnern, verwöhnt durch die nach dem 2. Weltkrieg (ab Mitte der 50er Jahre) mit der parallel von Moskau und Berlin besorgten Edition der über 40bändigen MEW und heute der auf über 120 Bände konzipierten neuen MEGA.

Ohne ausführlicher auf das ganze Nachlaßproblem einzugehen, seien lediglich ein paar Daten in Erinnerung gerufen, die beleuchten sollen, daß auch andere wichtige Schriften⁴ von Marx das Schicksal der Gothaer-Programmkritik teilen, die für die heutigen Versuche eines angemessenen Verständnisses von zentraler Bedeutung sind:

	erstmalig veröffentl.
1. Kritische Bemerkungen zu Excerpten aus den Werken von Nationalökonomien (1844)	1932
2. Pariser Manuskripte (1844)	1932
3. Deutsche Ideologie (1845/46)	1932
4. Grundrisse 1857/58	1939 russ. 1953 dt.
5. Resultate des unmittelbaren Produktionsprozesses (MS 1861 - 63)	1933 russ. 1967 dt.
6. Vorarbeiten zum Kapital (MS 1861 - 63), teilweise bisher unveröffentlichte (oder nur in russ.) Manuskripte	ab den 80er Jahren in der neuen MEGA

Bedenkt man ferner, daß selbst die dann 1932 (alte MEGA-Rjasanoff-Institut in Moskau) erschienenen Arbeiten in einer weltgeschichtlichen Situation vorgelegt wurden, die nicht viel Zeit und Interesse zu ausgedehnter Textarbeit übrig ließ, so kann man mit Fug und Recht - und Habermas³ folgend - wohl sagen, daß erst nach dem 2. Weltkrieg wieder ein theoretisches Interesse an Marx

und somit erstmals an zentralen 'Laborarbeiten' der Marx'schen Denkproduktion stattfand. Es sei diesbezüglich bloß an die Pariser Manuskripte/Deutsche Ideologie-Debatten und Entdeckungen erinnert, sowie an die von R. Rosdolsky-Behauptung, daß es bis zur deutschen Edition im Jahre 1953 in der westlichen Welt nicht mehr als 3 oder 4 Exemplare der Moskauer Publikation gegeben habe. Doch auch 1967 noch, als Rosdolsky sein Buch der Öffentlichkeit übergab, mußte er konstatieren, daß die Grundrisse bis dahin so gut wie unbemerkt geblieben waren⁵ - eine intensive Behandlung erfuhren Teile der Probleme der Grundrisse dann aber z.B. im Anschluß an Rosdolskys Interpretation im Verlaufe und in Folge der Studentenbewegung Ende der 60er Jahre.

Insofern ist es vielleicht mehr noch, als es ihr selbst jemals vorgeschwebt hätte, berechtigt, mit Rosa Luxemburg von den "vielen ungehobenen Schätzen" im Marx'schen Werk zu reden und die laufenden Editionen zur MEGA werden zeigen, ob und wo hier eventuell noch ähnliche Überraschungen auf die Marx-Interessierten zukommen, wie es besonders bei den Frühschriften und den Grundrissen der Fall war (F.J. Raddatz⁶ vermutet sogar noch für die früher zwischenzeitlich verschollenen 'Pariser Manuskripte', daß selbst hier noch immer nicht alle Teile publiziert sind; die Tatsache ist nicht zu vergessen, daß sowohl Band 2 als auch Band 3 des Kapital nicht mehr von Marx selbst stammen, sondern aus den gewaltigen nachgelassenen Manuskripten (noch von Engels) erst zusammengestellt wurden, ebenso wie später die "Theorien über den Mehrwert" zuerst 1905 -10 von Kautsky und dann 1954 - 61 vom Institut für Marxismus-Leninismus/Moskau) und ob damit erneut eine Etappe der Marx-Rezeption und Interpretation eingeleitet werden kann.

Jedenfalls konnte sich, dies sollte hiermit auch ohne weitere inhaltliche Nachweise angedeutet sein, der Großteil der Marx-Interpreten und Kritiker - um nur Namen wie Kautsky, Hilferding, Luxemburg, Lenin, Trotzky, Liebknecht, Bernstein zu nennen - lediglich nur auf Teile des Marx'schen Werkes explizit beziehen, oder aber aus dem, was immer ihnen bereits vorlag, gleichsam selbst produktiv weiterdenkend schöpfen.

So zum Beispiel - um auf die 'Zeit-Ökonomie' zurückzukommen - größtenteils die Holländer, die nach ihren Aussagen selber die Ausführung des Gothaer Programms erst nach Abschluß ihrer Arbeit zur Verfügung hatten, geschweige denn insbesondere die für diesen Zusammenhang zentralen - o.a. - 'Grundrisse'-Stellen, aus denen überhaupt erst jenes Stichwort der 'Zeit-Ökonomie' herrührte.

Sie sind somit aber andererseits ein lebendiger Beweis dafür, daß man bei einigermaßen Gefühl für die Marxschen Intentionen, die aus vereinzelt, wengleich eher beiläufigen Stellen des 'Kapital' sprechen und einer Würdigung seiner politischen Konsequenzen aus den Kommune-Erfahrungen sich gleichsam erneut zu einer analogen Problemsicht hinarbeiten konnte - um so gleich auch zu weitreichenden "Entschuldigungen" für andere Marx-Interpreten der Grundrisse-'Vorzeit' zu relativieren. Die Holländer geben nun in der Nachzeichnung und kritischen Kommentierung wichtiger Etappen des Theoretisierens für die Zeit nach Marx an, wie und warum sich der Gedanke einer 'Assoziation freier und gleicher Produzenten' im sozialdemokratischen Denken nicht nur schon vor 1900 verliert (W. Liebknecht hatte als einer der letzten Zeugen gegen einen "Staatssozialismus", der den kapitalistischen Betrieb fortsetze, nur mit Veränderung des Ausbeuters, >zitiert nach GP, S. 17/18< in einem Referat über: 'Staatssozialismus und revolutionäre Sozialdemokratie' polemisiert), sondern wie er sich stattdessen in die Idee einer zentral geleiteten und verwalteten Wirtschaft und Gesellschaft verwandelte und die Entwicklung dahin als gleichsam automatisch vorbereitet prognostiziert wurde (durch Hilferding in der monopolistischen Tendenz des Finanzkapitals). Die 'erfolgreiche' russische Revolution machte dann die theoretischen Fragen zu existentiell praktischen und das Fehlen einer ausgearbeiteteren Theorie von Produktion und Verteilung im Sinne des 'Assoziations'-Gedankens sichtbar. Aber auch den diversen anarchistischen, syndikalistischen, gildensozialistischen etc. Strömungen jener bewegten Jahre und ihren Vorschlägen - auch daran lassen die Holländer keinen Zweifel,

was hervorzuheben ist, um sie nicht in falsche Ecken abzudrängen - mußten trotz deren politisch korrespondierendem Denken in der Ablehnung zentraler Verfügungsinstanzen, ebenfalls grundlegende Unzulänglichkeiten im Entwurf eines funktionsfähigen Wirtschaftens nachgewiesen werden.

Darüber hinaus kulminierten just zur Phase der nachrevolutionären Weichenstellungen in Rußland die Debatten um die ökonomischen Möglichkeiten des Sozialismus/Kommunismus in der grundlegenden Kritik von Mises (und M. Weber)⁷, der glaubte, den Beweis erbracht zu haben, daß eine Wirtschaft ohne Verrechnungsmethode, d.h. ohne einen allgemeinen Nenner, um den Wert der Produkte zu messen, nicht funktionsfähig wäre, und also auch jede planmäßige Produktion aufhören müsse.

Es gab hierzu eine langjährige Debatte, die meinem Eindruck zufolge nicht mehr genügend gekannt ist, so daß es nützlich sein mag, die ebenfalls "klassischen" Kernpunkte der Verneinung jeglicher wirtschaftlichen Rationalität außerhalb des merklich organisierten Privattauschsystems durch V. Mises und M. Weber in den 20er Jahren kurz mit dem pointierteren v. Mises zu erinnern:

Im engeren ökonomisch-technischen Sinne sind es folgende Gründe, auf die sich seine Argumente gegen ein alternatives System zusammenziehen lassen:

- a) es sei unmöglich, zwischen der Arbeitsleistung der Gesellschaft (Nutzen für Gesellschaft) und ihrer Beteiligung am Ertrag des gesellschaftlichen Produktionsprozesses eine Verbindung herzustellen. Dies sei das Problem, wenn man die Unterschiede zwischen je danach entlohnter einfacher und komplizierter Arbeit aufgabe.
("Man kann dem Arbeiter, der eine Stunde einfachster Arbeit geleistet hat, nicht das Recht geben, das Produkt einer Stunde höher qualifizierter Arbeit zu verzehren"! S. 92) V. Mises
Aufgrund dieses bei Marx enthaltenen sog. "Reduktions-Problems" könne 'Entlohnung' Verteilung nur willkürlich sein.
- b) es sei kaum möglich festzustellen, wieviel Arbeit in einem Produkt stecke, S. 92.
- c) vor allem aber - selbst, wenn a) und b) gelöst oder 'verfügt' werden sollten, stelle sich immer noch das unlösbare Problem, wie man die sachlichen Produktionsmittel bewertet. ("Ein Erzeugnis, für das mehr Rohstoff verwendet wurde, kann nicht einem anderen gleichgesetzt werden, für das weniger Rohstoff gebraucht wurde." Mises, S. 92/93, sowie auch sein Beispiel gegen Arbeitszeit-Rechnung, S. 106/7).

Auch wenn Mises (hier nur stellvertretend für viele andere entsprechende Frontalangriffe auf das Hauptanliegen der Sozialisten: einer höheren und besseren Rationalität zum Sieg zu verhelfen - allerdings war er mit Weber derjenige, der dies Problem zuerst zur Sprache brachte) mit seiner Brandrede für die Privatkapitalistische Rationalität weit über diesen Aspekt hinaus greifen möchte: "Die Rationalität des Handelns wird von dem Gebiet, auf dem ihre eigentliche Domäne liegt, verdrängt. Wird es dann überhaupt noch Rationalität und Logik geben können. Geschichtlich ist der menschliche Rationalismus aus der Wirtschaft erwachsen. Wird er sich überhaupt noch halten können, wenn er von hier verdrängt sein wird? Eine zeitlang mag immerhin die Erinnerung an die im Laufe der Jahrtausende freier Wirtschaft ..." (Hervorhebung E.S./Mises, S. 100) und dabei angesichts heutiger anthropologischer Erkenntnisse höchst fragwürdige Wurzeln der Rationalität postuliert, so hat er doch zwei Problemkreise aufgeworfen:

- a) das erste betrifft eben gerade die allgemeine Funktion ökonomischen Handelns im gesellschaftlichen und evolutiven Kontext; diese streift er (s.a. vorigen Absatz) nur behauptend global oder setzt in seinem Abschnitt IV. zu Verantwortung und Initiative) ein anthropologisches Bild voraus, das gleichsam in den Erfolgen privater Geschäftsführung die Beweise für die Verderblichkeit der Ausschaltung freier Initiative und individueller Verantwortungsbereitschaft erblickt.
- b) der zweite, eben den der Wirtschaftsrechnung im Sozialismus - oder sagen wir: in einer post-kapitalistischen Wirtschaft.
Um dem Marx'schen Problem-Ausspruch: Hic Rhodus, hic salta! (damals: wie ist G-G' bei Äquivalententausch möglich) erneut zu stellen, müßte man die Frage wohl wie folgt formulieren: wie könnten die Bedingungen der Möglichkeit für eine alternative Rationalität aussehen?

Zwar waren die Argumentationen, bezogen auf und ausgerichtet an der offensichtlich zentralistisch gedachten Sozialismus-Variante (einem Hilferdingschen-Staatssozialismus also), aber als die herrschende Denkrichtung der Sozialisten selbst, war hiermit eine damals in ihrer Desillusionierungswirkung kaum zu unterschätzende Denk-Bresche in die Vorstellung geschlagen, mit der die sozialistische Idee gerade doch auch ihre historische Oberlegenheit und Vorteilhaftigkeit gegenüber dem kapitalistischen System meinte, erweisen zu können. Typisch für die Verlegenheit auf sozialdemokratischer Seite war bspw. K. Kautsky, der sich zwar daraufhin genötigt sah, die Notwendigkeit eines irgendwie gearteten Verrechnungsmodus anzuerkennen, aber nicht etwa auf den Marxschen Gedanken der Assoziation freier und gleicher Produzenten reflektierend zu einer schöpferischen Neuformulierung der Arbeitszeitrechnungs-Implikationen im Marxschen Werk fand, sondern im Gegenteil glaubte, das Geld "als Wertmaßstab für die Buchhaltung und Berechnung der Austauschbeziehungen in einer sozialistischen Gesellschaft sowie als Zirkulationsmittel nicht entbehren zu können." (zit. nach den GP ., S. 29).

Schien sich so Anfang der 20er Jahre mit der partiellen Wiedereinführung marktlicher Beziehungen in der Sowjetunion einerseits und andererseits der theoretischen Unmöglichkeitserklärung eines Sozialismus ohne Markt, Preise, Geld etc. der Bankrott dieser Idee gerade dann zu erweisen, als es den Anschein hatte, als trieben verschiedenste Entwicklungen, die dann am schwarzen Freitag von 1929 in die sog. Weltwirtschaftskrise kulminierten, schließlich in der Praxis auf den lange schon von Marxisten behaupteten Zusammenbruch des Kapitalismus hin. Zwar hatte sich die junge und bedrohte Sowjetrepublik - inzwischen bar der Lenins' Revolutionskonzept mit tragenden, Hoffnung, daß die vorangeschrittenen westlichen kapitalistischen Länder (insbes. Deutschland) folgten - trotz entsetzlicher innerer Partei-Kämpfe und Leid für die Bevölkerung behaupten können. Doch die "Lösungen" der Zeit bestanden bekanntlich nicht in einer folgenden weiteren Ausprägung und Entwicklung des Sozialismus in Theorie und Praxis.

Die immer deutlicher sich herausbildende Priorität der Produktionsgüte Industrientwicklung in der UdSSR (I. Deutscher hat sehr eindringlich herausgearbeitet, daß gerade Stalin entsprechende Pläne Trotzki's nach dessen Ausschaltung nur umso brachialer betrieb und hierin trotz deren tödlichen Kämpfen etwas von dem Buchtitel eines Rätekommunisten zum Vorschein kommt⁸ führte zusammen mit ihrer gleichfalls immer mehr obsiegenden ideologischen Okkupation der internationalen kommunistischen Bewegung zur Notwendigkeit dessen, was der ebenfalls von Stalin liquidierte russische Ökonom Preobashensky, noch offen mit "nachholen der sozialistischen Akkumulation" zu charakterisieren und begrifflich schon zu versöhnen suchte und bei aller und gerade wegen der Tragik für die Hoffnungen, die bis dato mit Sozialismus/Kommunismus verbunden waren, doch nur mit der Schaffung des Proletariats im Zuge einer überhaupt erst zu vollziehenden Akkumulation anstatt seiner Aufhebung enden konnte.

Zwar wurde mit der "NEP" einhergehend nicht etwa eines der Momente, die den westlichen Kapitalismus konstituierten, re-etabliert: das Privateigentum und Verfügungsrecht an Produktionsmitteln. Das änderte aber nichts an der Tatsache, daß die Entscheidungen hierüber doch nicht in den Händen der Produzenten lag, sondern sich Akkumulations- und Ausbeutungsverhältnisse über eine dirigistische Zentralgewalt etablierten.

Insofern hat Mattick auch gemeint, erscheint die UdSSR nur von einem privatkapitalistischen Standpunkt aus als Sozialismus, als Staatssozialismus, während sie aus der Sicht der Produzenten als Staatskapitalismus bezeichnet werden müsse. Und dies-obwohl zugegebenermaßen solch eine Entwicklung Marx nicht "vorausgesehen" hat und man seine Kapitalismuskritik schon sehr eng mit der Eigentumsfrage in Verbindung stehend sehen muß - auch doch noch mit dem Marx'schen Instrumentarium begreifen und analysieren könne.

Die "Lösungen" kapitalistischerseits mündeten mittels bedeutender innerbetrieblicher Prozesse in produktions-technisch und organisatorische bewirkte Offensive der Mehrwertschöpfung deren Brennpunkt durchaus mit Schlagworten wie Taylorisierung und Rationalisierung, oder marxistisch gesprochen: durch forcierte Unterwerfung der Arbeit unter Bedingungen der realen Subsumtion des Kapitals eingefangen ist.⁹

Es handelt sich hierbei um die Durchsetzung einer kapitalistischen "Zeit-Ökonomie", wie A. Sohn-Rethel¹⁰ die hiermit verbundene widersprüchliche Herausbildung von funktionell unterschiedlichen Wirtschaftsstrukturen, die Betriebs- und Markt-Ökonomie später nennen sollte; Funktionsmechanismen, deren jeweilige innere Logik nicht mehr über das Marktgeschehen kompatibel zu sein schien (durch den 'Emanzipation'-Versuch könnte man ironisierend sagen) da in der Tat die Bewegung G-W-G' die Vermittlung mit W nur als lästiges Durchgangsstadium aufweist, je einzelwirtschaftliche "Rationalitäten" gegenüber dem klassischen Vermittlungszusammenhang des kompetitiven Marktes mit seinen Anpassungsprozessen bei Strafe des Untergangs.

Nicht zuletzt die Ansichtigkeit dieses Problems -ausgesprochen unter dem Stichwort 'fixe Kosten' durch Schmalenbach-verdankte die BWL die Überwindung ihres Status als bloße 'Handelslehre' und ihren ersten 'Grundlagen'-Streit¹¹ der in der Folge auf theoretisch-ideologischer Ebene scheinbar das kapitalistische Primat der Rentabilität (profitorientierter Eigennutz) zugunsten einer national(sozial)istischen Wirtschaftlichkeit (Selbstkosten deckender Gemeinnutz) abzusetzen schien und insofern Schmalenbachs "Traum": die Ausschaltung der Marktarchie durch das betr. Rechnungswesen doch noch zu realisieren schien.

In Wirklichkeit aber bedeutete die faschistische Wirtschaftspolitik zwar einerseits schon die Ausschaltung des Wertgesetzes in seiner regulierenden Funktion durch die globale Überlagerung einzelwirtschaftlicher Produktionsziele im Sinne Hitler's Memorandumssatz aus dem Jahre 1936 über das "staatspol. Gewollte", demzufolge "die Produktionskosten ohne jede Bedeutung seien" - aber bei tatsächlicher nicht-Infragestellung, ja sogar Garantie der Rentabilität des privaten Kapitals (ausser für jüdisches Eigentum) durch den Staat andererseits, sofern dieses gewissermaßen "mitspielte".

Diese Sicherstellung der Akkumulations-Voraussetzungen wurde unter diesen Bedingungen hauptsächlich bewirkt durch drastische Lohnsenkungen (nach sofortiger Zerschlagung der Arbeiter-Organisationen bei Machtübernahme), bei gleichzeitiger Ausdehnung der durchschnittlichen Arbeitszeit und der Abschließung vom Weltmarkt zur Vorbereitung der (mittels der '36 spätestens für 4 Jahre später bereitzustellenden Kriegsmaschinerie) Raubzüge über ganz Europa.

Diese spezielle staatliche "Lösung" der an Unterauslastung leidenden Wirtschaft, die in maßgebenden Produktionsgüter-Industrien technostruktural unterhalb eines bestimmten Auslastungsgrades keine weiteren Marktnachfrageanpassungen mitzuhalten vermöchten, ist bekanntlich als allgemeine staatliche

'Lösung' auf der volkswirtschaftlichen Ebene theoretisch dann von Keynes 1936 verallgemeinert worden, dessen Hauptaugenmerk im Gegensatz zu den Ökonomen unmittelbar vor ihm (er nennt sie Klassik!) je auf die prinzipielle Instabilität des Systems einerseits bei Nachweis der Möglichkeit von "Gleichgewichten" unterhalb des Vollauslastungs-Vollbeschäftigtenniveaus andererseits gerichtet war.

Trieben schließlich die realen Entwicklungen hier wie dort mit "mehr Staat" in den Wahnsinn des 2. Weltkrieges, dessen globale Entwertungen von Sach- und "Human"-Kapital einen fürchterlichen Ersatz für den marktmäßig nicht mehr möglichen wirtschaftlichen Selbstreinigungsprozeß qua Krise darstellten, und - in marxschen terms - vermutlich noch einmal (angesichts der heutigen Kriegstechnologien mit Sicherheit das letzte Mal!) die umfassendsten Möglichkeiten und Voraussetzungen eines neuen profitablen Akkumulationszyklus in Gang setzten, so verkümmerten in diesem Gang der Ereignisse auch die theoretischen Debatten um die ökonomischen Möglichkeiten eines Sozialismus - insbesondere auch um einen sich auf Marx berufenden Sozialismus nicht zentral staatlich gelenkter Wirtschaft. Abgesehen von dem "kurzen chancenlosen Sommer der Anarchie"¹² in Spanien Mitte der 30er Jahre hat es seither innerhalb des westlichen Industrie-Hegemoniebereiches keine bedeutende Bewegung mehr gegeben, deren Stoßrichtung zur Überwindung der kapitalistischen Wirtschaftsordnung erklärtermaßen eine andere, als die der staatssozialistischen Variante gewesen wäre. Was Wunder, daß damit auch die Interessen am Gedanken der Zeit-Ökonomie oder des Produktions- und Verteilungs-Prinzips auf Basis der Arbeitszeitrechnung verkümmerten - G. Mergner hat den Absterbeprozeß auch der Holländer unter diesen Bedingungen skizziert¹³.

Erst die Studentenbewegung der späten 60er Jahre entwickelte wieder ein Interesse, auch an nicht-staatskapitalistischen Wirtschaften und im Zuge dessen wurden auch die 'Grundprinzipien' (von denen 1931 noch ca. 1.200 in den Bestand des Neue Arbeiter Verlag übergegangen waren) quasi wiederentdeckt und

gleich doppelt - 1970 von einer Berliner Gruppe und 1971 von Mergner zusammen mit anderen Texten der Gruppe bei Rowohlt veröffentlicht^{13 a}.

Während Mergner selbst diese Arbeit erst im Laufe seiner 'Ausgrabungen' im Amsterdamer Geschichtsinstitut Ende der 60er Jahre kennengelernt hatte, spricht aus dem Umstand, daß man P. Mattick für eine aktuelle Einleitung gewonnen hatte die Tatsache, daß sie zumindest in seiner Person die Kontinuität dieser Überlegungen erhalten hatte.

Außerhalb rätekommunistisch orientierter Gruppen/Personen etc. habe ich diese Schrift auch nie diskutiert gefunden - weder in zustimmender noch in kritisierter Weise und habe im Verlaufe der letzten 10 Jahre immer wieder auch - selbst bei an diesen Fragen Interessierten - die Erfahrung machen müssen, daß sich das Schicksal der Nicht-Kennntnis auch nach den Neuauflagen aufrecht erhalten hat.

Von daher möchte man kaum noch Zweifel daran hegen, daß speziell diese Ausarbeitung des Zeit-Ökonomie-Gedankens niemals weitreichender in die Länder des 'realexistierenden Sozialismus' gelangt wäre, geschweige denn, mit ihrer kompromißlosen Kritik am Staatskapitalismus sowjetischer Provenienz überhaupt zur Verfügung gestanden hätte für diejenigen, die selbst erneut wieder in dieser Richtung zu denken gewagt hätten. Ich komme anläßlich der "Zeit-Ökonomie"-Behandlung in der DDR, bei der Richta-Gruppe und Bahro darauf zurück. Doch ganz trifft das Gesagte insofern nicht zu, als der Verfasser des Aufsatzes: 'Volksidee und Wirtschaftsrechnung' (1942 von ihm geschrieben) Gisbert Rittig für den 12. Band des Hdw. Buchs der Sozialwissenschaften die "GPr." im Beitrag: "Wirtschaftsrechnung" in der Literaturliste mitaufführt - allerdings, ohne auf sie einzugehen.

Vielleicht ist die Angabe auch schlicht der Appendix-Aufstellung von Hayek¹⁵ von 1933 entnommen, wo die "Grundprinzipien" ebenfalls vermerkt sind, ohne daß sie in den inhaltlichen Ausführungen Berücksichtigung gefunden hätten, oder aber T.J.B. Hoff's¹⁶ Literaturliste von 1938/49, der sie

zwar auch wieder aufführt, aber ebenfalls nicht behandelt.¹⁷

Doch, eine Arbeit - eine auch von T.J.B. Hoff besprochene Dissertation von Kläre Tisch¹⁸ aus, wie es der Zufall hinsichtlich des Erscheinungsortes vorliegender Schrift:

Wuppertal, will - führt den Text der "GPr." nicht nur auf, sondern widmet ihr im letzten Kapitel immerhin die 6 letzten Seiten, wo sie - in Abhebung zum Hauptthema ihrer Arbeit:

"Wirtschaftsrechnung und Verteilung im zentralistisch organisierten sozialistischen Gemeinwesen" und offensichtlich um eine 'neutrale' Würdigung bemüht - einleitend hervorhebt:

"Ganz anders, als wir es taten, ganz anders auch als von anderen Vertretern des offiziellen Marxismus werden die Marxschen Andeutungen über den Zukunftsskat ausgelegt in der Schrift, die eine Kollektivarbeit der Gruppe Internationaler Kommunisten (Holland) ist, ... Hervorzuheben ist an dem Büchlein eine klare Erkenntnis der Probleme und eine deutlich zutagetretende Stellungnahme zu ihnen, ebenso die Kenntnis und das Verständnis gegnerischer, ja antimarxistischer Ausführungen. Die Tatsache, daß die Grundtendenz der Schrift eine Stellungnahme gegen die "moskowitischen Sozialdemokraten" ist, tut dem ernst wissenschaftlichen Charakter der Schrift keinen Abbruch, denn sie verleitet nirgends zu politischer, unwissenschaftlicher Polemik." (S. 158/59)

Sie anerkennt im Nachzeichnen die zufriedenstellende theoretische Behandlung der Probleme durch die 'GJK': Sicherstellung der "Produzenten-Souveränität" gegenüber autoritativen Eingriffen von Zentral-Stellen durch das ökonomische Kalkül selbst; Berechnung der "Selbstkosten" der Betriebe (nicht wie bei O. Leichter mittels der Grenzkostenwerte) auf Basis der Durchschnittsaufwendungen einer Branche; Einbeziehung der Betriebe (wie z.B. Verwaltung, Schulen...), die selbst kein sachliches Produkt erstellen, in das Zeitrechnungskalkül; "Akkumulations"-abzug; Verrechnung der Aufwendungen zwischen den Betrieben etc. Doch im Hinblick auf das Festhalten an der fehlerhaften Wertbestimmung aufgrund der Marxschen Arbeitswertlehre einerseits, einer ihrer Meinung nach doch zentralistischen Auffassung bei Marx selbst, und v.a. der Tatsache, doch auch bei der 'GJK' "zentral", nämlich die ökonomischen Kongresse der Betriebsräte die Akkumulations-Quoten festlegen, zieht sie die Schlußfolgerung, daß von der nichtzentralistischen Organisation nicht viel übrig bliebe (S. 163). Sie selbst

rekuriert in ihrer Prinzipienklärung über die ökonomische Möglichkeit des Sozialismus - in Absehung psychologischer etc. Einwände gegen den Sozialismus - auf ein zentralistisches Gemeinwesen, welches Produktion und Verteilung eben nicht und actu lösen könne, sondern Markt- und Preis-ähnliche Prozesse nutzen solle. (S. 165).

Frau Tisch wurde aber auch noch aus einem anderen Grund als dem ihrer (u.W. damals einzigen) Würdigung der Holländer, angeführt.

Interessant ist nämlich auch, daß sie ihre Arbeit "auf Anregung und unter der geistigen Führung von Herrn Prof. Schumpeter" (und als Ko-Dr. Vater, Dr. Spiethoff) angefertigt hat - und über diesen Bezug zweifelsfrei erwiesen ist, daß via Schumpeter die "Grundprinzipien" zumindest in dieser Tisch'schen Verarbeitungsform der europäischen, später auch der anglo-sächsischen Ökonomenzunft hätte bekannt sein können und müssen.

Jenem Schumpeter also auch, dessen späterer Satz aus seinem nachgelassenen Werke¹⁹ kontradiktisch zu der hier erzählten "Geschichte" diesem Essay vorangestellt war, und den er mit den Worten fortsetzte:

"Seine Theorie ist eine Analyse der kapitalistischen Wirtschaft, an die sich zweifellos die Vorstellung knüpft, daß diese Wirtschaft nach dem unausweichlichen "Zusammenbruch" und mit Hilfe der daraus hervorgehenden "Diktatur des Proletariats" die sozialistische Wirtschaft gebären wird; an dieser Stelle aber steht ein Punkt, und es folgt keine Theorie der sozialistischen Wirtschaft, die diese Bezeichnung verdiente. Die meisten seiner Schüler sind, wie wir ebenfalls wissen, diesem Problem aus dem Wege gegangen, anstatt es in Angriff zu nehmen. Einige aber, besonders Kautsky, waren sich seiner Existenz bewußt und wiesen darauf hin, daß das sozialistische Regime nach der Revolution des bereits bestehenden kapitalistischen Preissystems als Richtschnur benutzen könne - eine Idee, die in die richtige (sic!) Richtung weist." (S. 1199 f.)

Auch hier, noch sonst wo m.W. für diesen Zusammenhang, kein Wort oder Hinweis mehr auf die andersdenkenden Marx-Nachfolger, in der Arbeitszeitrechnung, sondern vielmehr und bezeichnenderweise eher Hinweise auf die zwischenzeitlich "vergessene" (in Folge der v. Miseschen Behauptung der theoretischen Unmöglichkeit eines Sozialismus und dann erst später wieder-entdeckte) längst schon erwiesene theoretische Möglichkeitsbegründung durch Pareto²⁰ und Barone²¹, an die erst die Ökonomen seiner Tage wieder anknüpfend, noch Einzelheiten und weitere Verbesserungen hinzugefügt hätten. (1201)

Unter Verweis auf die s.h.u. 'nichts zu wünschen übrig lassende' Behandlung dieser Frage seitens A. Bergsons (1948)²² scheint Schumpeter sogar seine frühere selbst in dieser Frage eingenommene Position, die - wie v. Mises - bereits eine prinzipielle, theoretische Möglichkeit des wirtschaftlichen Funktionierens einer

sozialistischen Gesellschaft (= zentralistische Planwirtschaft), für unmöglich erklärte, aufgegeben zu haben zugunsten einer zwar schwächeren (was die Theorie betrifft), gleichwohl doch auch prinzipiellen Position. Dieser zweite aus den Arbeiten v. Mises ebenfalls heraus interpretierbare, von Bergson vorgestellte und s.M.n. eher den Auffassungen Hayek's zuzurechnende Einwand stellt zwar nicht mehr länger die Möglichkeit einer rationalen Kalkulation unter sozialistischen (Plan-) Bedingungen auf einer logischen Ebene in Frage; nun jedoch wurde behauptet, daß es keine praktikablen Wege zur Realisation der Planungen gäbe.

Nun konnte man im Jahre 1948 schlechterdings - nach dato bereits über 30 Jahren des praktischen Lebensbeweises des "Funktionierens" der geplanten Sowjet-Ökonomie unter sogar den weltgeschichtlich widrigsten Umständen - nicht länger mehr nur die Frage des "ob überhaupt" stellen; daher macht Bergson - ähnlich Hayek - den "Test" nicht mehr daran, sondern schließlich am "wie" fest, indem die Frage transformiert wurde in Richtung: wer ist "effizienter", der Sozialismus oder der Kapitalismus?

This, endete Bergson's Review, "This, of course, is the question which all the participants in the debate eventually come to face anyhow. As we see it, it is now the only (sic!d.V.) issue outstanding." (Bergson S. 447)

Bergson weist zu Recht darauf hin, daß es zur Beurteilung dieser alles entscheidenden Frage notwendigerweise vorab einer Einigung darüber bedürfe, was man als "effizient" ansehen möchte; woraufhin, auf welches Ziel hin, dementsprechend dann die 'optimale' Allokation der Ressourcen definiert werden solle. Der Vergleich bloß der aufsummierten Aggregatgröße: 'alle Konsumgüter' - den Schumpeter als Maßstab vorgeschlagen hatte - impliziert aber z.B. bereits das Prinzip der sog. "Konsumentensouveränität" und es wäre folglich notwendig, immer auch schon mit zu entscheiden, ob bspw. das egalitäre Prinzip der Verteilung eines der Ziele sein solle, oder ob bspw. Konsumentensouveränität auch in Bezug auf Investitionsentscheidungen gelten solle, usw. (448)

Eine Antwort hierauf jedoch gaben Schumpeter und Bergson selbst nicht und war wahrscheinlich von ihnen nicht einmal intendiert, da diese jenseits des ökonomisch-analytischen Rahmens liegt.

Gleichwohl löste ihr Fazit doch die scheinbar so unversöhnlichen und grundlegenden Einwände (à la Mises) gegen die Möglichkeit rationalen Wirtschaftens auch unter sozialistischen (= zentral geleiteten) Bedingungen dahingehend auf, als schließlich die formale Ähnlichkeit der gedachten sozialen Ordnung mit derjenigen herausgestellt wurde, die auch und bereits immer schon in kapitalistischer Gesellschaft herrsche. Oder genauer gesagt, im ebenfalls nur theoretisch gedachten Modell einer kapitalistisch organisierten Gesellschaft mit vollkommenem Wettbewerb.

Selbst unter Änderung der Prämissen von Barone: Konsumenten-Souveränität zugunsten der Entscheidung von wenigen 'Experten' oder 'Bürokraten' träten in diesem Modellrahmen keine theoretischen Schwierigkeiten auf. (Schumpeter, 1202)

Obwohl - so hebt Schumpeter doch noch hervor - die reine Theorie noch überhaupt nichts zur Lösung praktischer Fragen leiste, so helfe sie andererseits doch, diese richtig zu formulieren und somit den Bereich berechtigter Meinungsverschiedenheiten abzu- stecken (1203).

Somit kommt diese Debatte zu dem - angesichts des diametralen Ausgangspunktes-erstaunlichen Ergebnis, daß fürderhin gegen die von Nicht-Sozialisten entworfene fiktive, zentral geleitete 'sozialistische' Wirtschaftsweise theoretisch ebenso wenig länger etwas einzuwenden ist in Bezug auf die Möglichkeit 'rationalen' Wirtschaftens, wie dies die Theorie schon auch für den ebenfalls fiktiven vollkommenen Konkurrenz-Kapitalismus postulierte. Hier, in dieser gedanklichen "Versöhnung" von fiktivem Kapitalismus und einem die kapitalistischen Tugenden beherzigendem zentral geleiteten Sozialismus liegen die Wurzeln auch jener übergeschichtlich sich anbietenden und wenn, dann scheinbar eine schon als 'welfare economics' behandelten Umkehrvorstellung einer "gesellschaftlichen Wohlfahrt", die von Schumpeter noch einmal expressis verbis getroffene Feststellung resultiert, "daß jeder Versuch zur Entwicklung einer allgemeinen Logik des wirtschaftlichen Verhaltens automatisch zu einer Theorie der sozialistischen

Wirtschaft als Nebenprodukt führt." (1200)

Nur der Fall - charakteristische Weise - den die Holländer aus ihrer 'linken Kritik' am Sowjetsozialismus entwickelten, werfe innerhalb dieses Pareto-Barone-Raisonnements Probleme auf: "... im Falle des föderalistischen Sozialismus, in dem es keine Zentralbehörde gibt und jeder Wirtschaftszweig autonom von dem in ihm beschäftigten Arbeitern kontrolliert wird: in diesem Falle wird das Problem oligopolistisch indeterminiert." (1202)

Deshalb bleibe gerade diese jenseits von Kapitalismus und Staats-Sozialismus liegende Alternative von jener "theoretischen Versöhnung ausgeschlossen, den die Sozialisten selbst niemals zu leisten im Stande gewesen sind." (Schumpeter, S. 1199).

Schumpeter erläutert an dieser so bedeutsamen Stelle nicht weiter, was er mit dieser "Indeterminierung" im einzelnen meint, so daß schwer zu ermessen ist, welches prinzipielle Gewicht er diesem Aspekt beimißt; w.u. spricht er allerdings von jener Art der Vergeudung, die unvollkommenen Wettbewerbssituationen anhaftet, wie etwa dem wirtschaftlichen Kampf zwischen Oligopolisten - vielleicht meinte er dies.

Auf jeden Fall aber muß er daneben auch das in diesem "föderalistischen" Falle vermeintlich unvermeidliche Fehlen der Zentralbehörde meinen, die 'im sozialistischen Gemeinwesen natürlich ein besonderes Verteilungsproblem' zu lösen habe (1201) und zwar - ganz im Gegensatz eben zum Kapitalismus, der dies *uno actu* selbst systemimmanent leiste - zunächst vorab der Produktion!

Während die Einkommen der auf Privateigentum beruhenden Wirtschaft simultan durch den Wirtschaftsablauf mit determiniert würden, so daß sich Produktion und Distribution lediglich als zwei Seiten ein und desselben Prozesses darstellen - müsse der Sozialismus qua Verfassung oder separatem Beschluß erst entscheiden, wie hoch die Einkommen = relativen Anteile des Einzelnen am Gesamtprodukt, sein sollen.

So selbstverständlich diese Andersartigkeit des Regelungsprozesses dem ökonomischen Denken offenbar zu sein scheint und welche Befangenheiten darin noch aufweisbar sind - interessant bleibt vorderhand, daß sich bereits hieran mit erweist, daß die - lange Zeiten scheinbar systemtrennende - Alternative: Markt ↔ Plan diese Problem-Dimension noch überhaupt nicht erfaßte, ja vielleicht sogar eher zuschüttete .

Aber was so selbstverständlich scheint, kann und muß doch in mehrererlei Weise erst befragt werden. Zunächst noch mitunterstellt, daß der Sozialismus zu dieser Separatentscheidung tatsächlich zwangsläufig genötigt ist, läßt sich m.E. im Ton der Argumente von Schumpeter ein (bezeichnender) Zungenschlag heraushorchen, der eigentlich schon die "Überlegenheit" des Kapitalismus bei aller "Gleichheit" der theoretischen Ergebnisse suggeriert. Das 'natürlich besonders auftauchende Verteilungsproblem im Sozialismus' eröffnet in seiner separaten distributiven Entscheidung von der der Produktion, prinzipiell nicht nur die Möglichkeit der Verfügung einer Zentralbehörde/gesellschaftliche Instanz über den Konsum und muß damit nach den auch und besonders im Sozialismus erlebten Schreckensherrschaften allergrößte Bedenken gegenüber der "Gerechtigkeit" dieser Verfügung mobilisieren.

Dies ist völlig berechtigt - auch von einem marxistischen Standpunkt aus - und bspw. von Mattick u.a. mit Deutlichkeit herausgestellt.

So muß dieser "Nachteil" der Notwendigkeit einer un-ökonomischen, außer-ökonomischen Entscheidung fast zwangsläufig bereits den "Vorteil" eines Verfahrens auf den Plan rufen, welches diese Entscheidung der möglichen Willkür - bspw. der Zentralbehörde - von vorneherein entzieht und ein Ergebnis hervorzubringen imstande ist, welches direkt mit dem ökonomischen Geschehen selbst vermittelt ist und daher scheinbar "objektiver", willkürfreier etc. ist.

Diese Umkehr-Implikation einer im Extremfalle diktatorischen Alleinherrschafts-Entscheidung reflektiert insofern nicht nur tieferliegende emotionale Ängste, sondern bringt in Gestalt der vermeintlichen Äquivalenz-Koppelung von Produktion und Distribution gleichfalls ein unterschwellig manifestes Empfinden zum Ausdruck, welches in der *uno actu*-Entscheidung (der Lohn/Einkommens-Bestimmung) offenbar eine objektivere Gesetzeskraft und damit "Gerechtigkeit" verortet.

Woher auch diese (der kapitalistischen Formation eigene) Vorstellung immer kommen mag und wie die Ökonomen auch immer die

Leistungsideologie, die sich hierin ausspricht, legitimiert oder kritisiert hatten - so unrichtig war von jeher die Behauptung einer irgendwie leistungsgerechten Lohnbestimmung. Sie gab gleichsam nur den in der Praxis tatsächlich gemachten Lohn- und Einkommensdifferenzen immer schon und (trotz der früher und insbesondere heute unter Experten allgemein konzidierten Unbegründbarkeit) noch immer den Anschein der Folgerichtigkeit aus ökonomisch objektiven Gegebenheiten. So betrachtet, ergibt sich der positive 'Zungenschlag', den in Schumpeters Gegenüberstellung die simultane Entscheidungsregel gewinnt, erst aus der Ignorierung der gerade in diesem System immer wieder erzeugten und nachgewiesenen gravierenden Einkommens-Lohn-Gefällen.

Läßt sich somit argumentieren, daß die kapitalistische Bestimmung der Einkommen nicht apriori deshalb "besser oder gerechter" ausfällt, weil sie keine separate Entscheidung hierüber erfordert, so hat die "Wohlfahrtsökonomie" demgegenüber sogar noch die logisch-strukturelle Begründung für ihr bekanntestes Gebot geliefert, daß nämlich das Optimum bei Gleichheit der Einkommen realisiert wäre (vgl. Schumpeter, S. 1303).

Mit diesem analytischen Ergebnis und Sollens-Satz der 'welfare-economics' kann somit, bis hinein in die neueren Forschungen, dieser Zweig der reinen Theorie seines um die Frage des Sozialismus kreisenden Ursprunges nicht entraten und es ist gewiß nicht uncharakteristisch für den Umgang der Ökonomen mit einer Konsequenz ihres eigenen Instrumentariums, daß, um hierbei Schumpeter zu bleiben, er diese normative Wohlfahrtsregel dann schließlich "nach seiner Auswirkung auf die kulturelle und ökonomische Evolution" (1303) zu beurteilen für erforderlich erachtet (was er dort nicht tut, sondern nur postuliert). Über diese - auch von anderen Ökonomen zweifellos analog behauptete - Argumentation hinaus ist es, was Schumpeter hier im Besonderen betrifft, gleichfalls interessant, daß er m.W. an keiner Stelle und mit keinem Wort wenigstens einmal die Holländer erwähnte, die - wie ihm zumindest über seine Doktorandin K. Tisch bekannt war - in seinen beiden Punkten eine völlig

andere Position als die übrigen Sozialisten vertraten. Gerade K. Tisch hatte sehr heftig darauf insistiert, daß die Holländer trotz ihrer "Betriebsorientierung", also jenem "föderalistischen" Fall in dem jeder Wirtschaftszweig autonom von den in ihm beschäftigten Arbeitern kontrolliert wird, in ihren Rätekongressen doch so etwas, der Funktion der Zentralbehörde Vergleichbares, hätten. Und - um auch diesen ökonomischen Funktionsmechanismus noch einmal zu betonen sie gerade auch, abgeschreckt durch die Partei-Verfügung über das Mehrprodukt in Sowjetrußland, die uno-act_u-Entscheidung für Produktion und Distribution für dringend erforderlich ansahen, um der Möglichkeit einer diktatorischen Verfügung von vorneherein zu begegnen.

Wie auch Marx übrigens, der - offensichtlich die Gegenargumente in Bezug auf 'gleiche Einkommen' in der gerade erst transformierten Gesellschaft ahnend: "Gleichmacherei" ohne Bezug zur "Leistung" ≠ Beitrag zum gesells. Gesamtprodukt - wohl gerade deshalb ausdrücklich hinzusetzte, um den geänderten neuen ökonomischen Mechanismus als mit den noch alten Gewohnheiten doch schon vereinbar zu erweisen: "Nur zur Parallele mit der Warenproduktion setzen wir voraus, der Anteil jedes Produzenten an den Lebensmitteln sei bestimmt durch seine Arbeitszeit. Die Arbeitszeit würde also eine doppelte Rolle spielen. Ihre planmäßige Verteilung regelt die richtige Proportion der verschiedenen Arbeitsfunktionen zu den verschiedenen Bedürfnissen. Andererseits dient die Arbeitszeit zugleich als Maß des individuellen Anteils des Produzenten an der Gemeinarbeit und daher auch an dem individuellen verzehrbaren Teil des Gemeinprodukts. Die gesellschaftlichen Beziehungen der Menschen zu ihren Arbeiten und Arbeitsprodukten bleiben hier durchsichtig einfach, in der Produktion sowohl als in der Verteilung." (Kapital I, S. 93, der MEW)

Hierzu auch und bedauerlicherweise gerade von Schumpeter keine Erklärung.

Somit bleiben diese alternativen sozialistischen Organisationsprinzipien außerhalb jener theoretischen 'Versöhnung', deren

Resultat darin kulminierte, daß die Möglichkeit des zunächst nicht einmal theoretisch möglich erachteten Sozialismus sich schließlich gerade dadurch doch ergab, daß gezeigt war "how fantastic those doctrines are which imagine that production in the collectivist regime would be ordered in a manner substantially different from that of 'anarchist' (= capitalist, d.Verf.) production" - und daß "all the economic categories of the old regime must reappear, though may be with other names: prices, salaries, interest, rent, profit, saving, etc." (Barone, a.a.O., S. 289).

Jedenfalls dann, wenn mit Barone den beiden fundamentalen Prinzipien der ökonomischen Vorteilhaftigkeit entsprochen werden sollte: Auf die hierin sich aussprechende Beschränkung eines 'anderen' modus operandi gegenüber dem von Marx anvisierten soll w.u. (S.76 f) noch etwas ausdrücklicher Bezug genommen werden.